25.10.2013
Drucksache 075/13/1

Neuorganisation der Untersuchungsämter im Regierungsbezirk Arnsberg im Wege der Errichtung des „Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes - CVUA-Westfalen -" als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR); Eintritt des Kreises Unna als Träger in die zu gründende AöR und Annahme der Schlichtungsentscheidung der Bezirksregierung Arnsberg

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz	12.11.2013	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	02.12.2013	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreisausschuss	16.12.2013	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	17.12.2013	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit Gesundheit und Verbraucherschutz

Berichterstattung Dezernent Norbert Hahn

Budget	53	Gesundheit und Verbraucherschutz
Produktgruppe	53.07	Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
Produkt	53.07.02	Fleischhygiene, Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung

Haushaltsjahr	2014	Ertrag/Einzahlung [€]	
		Aufwand/Auszahlung [€]	155.600,00

Beschlussvorschlag

1. Der Kreis Unna tritt als Träger im Sinne von § 2 Abs. 3 S. 2 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) in die durch Rechtsverordnung gem. § 3 Abs. 1 IUAG errichtete integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes im Regierungsbezirk Arnsberg ein.

2. Der Kreis Unna erwirbt einen Anteil in Höhe von 10.000 € am Stammkapital der Untersuchungsanstalt und einen Anteil an einer bei der AöR zu bildenden Kapitalrückstellung in Höhe der gemäß Schlichtungsentscheidung der Bezirksregierung Arnsberg vom 26.09.2013 an die Stadt Hamm zu erstattenden beweglichen Vermögensgegenstände.
3. Die Finanzierung der zu gründenden AöR erfolgt auf der Basis der unter den Trägern der Einrichtung im Entwurf abgestimmten und von der AöR zu erlassenden Finanzsatzung (vgl. Anlage der DS 075/13).
4. Einer - in gegenseitigem Einvernehmen vorzunehmenden - Aufhebung der zwischen der Stadt Hamm, dem Hochsauerlandkreis, dem Kreis Soest und dem Kreis Unna abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Inanspruchnahme des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Hamm vom 20.12.1983 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 31.02.2000 zum Zeitpunkt der Errichtung der AöR wird zugestimmt.
5. Die Schlichtungsentscheidung der Bezirksregierung Arnsberg vom 26.09.2013 (Anlage) wird angenommen. Die Mittel für die hiernach der Stadt Hamm zu erstattenden beweglichen Vermögensgegenstände im Wert von rd. 145.600 € werden im Haushalt 2014 bereitgestellt.

Sachbericht

Mit Drucksache 075/13 wurden sowohl der Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz (Sitzung am 22.05.13) als auch der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen (Sitzung am 04.06.13) umfassend über den Sachstand sowie die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Auswirkungen der Neuorganisation der Untersuchungsämter im Regierungsbezirk Arnsberg im Wege der Errichtung des "Chemischen Untersuchungsamtes - CVUA Westfalen –" als Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) in Kenntnis gesetzt. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die vorgenannte Drucksache Bezug genommen.

Zum Zeitpunkt des Sachstandsberichtes bestand zum Vorhaben des unentgeltlichen Übergangs des beweglichen **Anlagevermögens des Chem. Untersuchungsamtes Hamm** und zur langfristigen Nutzung der Immobilie in Hamm noch Verhandlungsbedarf zwischen der Stadt Hamm und dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MKULNV NRW). Hier konnte die Stadt Hamm keine Modifikation der vertraglichen Grundlagen, namentlich der Finanzsatzung, erwirken

Die Stadt Hamm ging daher weiter davon aus, dass sich mit Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum 31.12.13 ein Restbuchwert des Anlagevermögens in Höhe von rd. 1.245.000 € ergebe. Dieser sei von den Nutzern der Einrichtung (Hochsauerlandkreis, Kreis Soest und Kreis Unna) jeweils anteilig zu erstatten. Da zwischen der Stadt Hamm und den Nutzern der Einrichtung eine einvernehmliche Regelung zum **Ausgleich etwaiger Vermögensschäden** der Stadt Hamm nicht erzielt werden konnte, wurde die Bezirksregierung Arnsberg gem. § 7 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Inanspruchnahme des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Hamm vom 20.12.1983 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 31.02.2000 i. V. m. §§ 29 und 30 GkG NRW angerufen.

Anlässlich der Schlichtungstermine am 04.07 und 18.09.13 haben die Nutzer der Einrichtung dargelegt, dass die Umbauinvestition bereits getilgt und ein Ausgleich der beschafften beweglichen Vermögensgegenstände gem. öffentlich-rechtlicher Vereinbarung nur für die in den letzten fünf Jahren vor der Kündigung beschafften Gegenstände möglich sei.

Die in der Vermögensauseinandersetzung getroffene Schlichtungsentscheidung ist als **Anlage** beigefügt.

Mit der erlassenen Schlichtungsentscheidung ist das gem. § 30 GkG durchzuführende Schlichtungsverfahren vor der Aufsichtsbehörde beendet. Eine Annahme der Schlichtungsentscheidung durch den Kreistag ist erforderlich.

Für den Kreis Unna bedeutet die Annahme des Schlichtungsspruchs eine **anteilmäßige Übernahme** der in den letzten fünf Jahren beschafften **beweglichen Vermögensgegenstände** des Chemischen Untersuchungsamtes auf Grundlage des Restbuchwertes. Der voraussichtliche anteilige Wert des Kreises Unna beläuft sich auf rund 145.600 €. Dieser Betrag ist an die Stadt Hamm auszuzahlen. Im Gegenzug erwirbt der Kreis Unna in der Höhe der übertragenden Vermögenswerte einen Anteil an einer bei der AöR zu bildenden Kapitalrückstellung.

Bei Annahme der Schlichtungsentscheidung sind weitere, seitens der Stadt Hamm geltend gemachte Ansprüche, insbesondere der Ausgleich eines nominellen Restbuchwertes des Investitionsdarlehens (unbewegliches Anlagevermögens), erledigt.

Anlagen

Schlichtungsentscheidung der Bezirksregierung Arnsberg vom 26.09.2013 (Az.: 31.01.01.03)